



## Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden- Württemberg

📅 28.07.2018

NATÜRLICHE RADIOAKTIVITÄT

# Umweltminister Untersteller warnt: Gefährliches Radon

Der baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) warnt vor den Gesundheitsgefahren durch natürliches Radon.

**In einer neuen Broschüre Ihres Hauses machen Sie auf die möglichen Gefahren durch die natürliche Radonbelastung vor allem im Schwarzwald aufmerksam. Warum?**

UNTERSTELLER: Das Thema treibt uns schon etliche Jahre um. Wenn ich aber ehrlich bin, hat das bisher kaum jemanden interessiert. Der Bund erarbeitet derzeit die notwendige Verordnung zum Strahlenschutzgesetz. Die natürliche Strahlenbelastung liegt in Deutschland im Schnitt für jeden von uns bei 2100 Mikrosievert im Jahr. Der Großteil davon, durchschnittlich 1100 Mikrosievert pro Jahr, geht auf Radon zurück. Die Wissenschaft sagt uns, dass Radon heute nach dem Rauchen die zweithäufigste Ursache für Lungenkrebs ist.

**Wie reagiert der Gesetzgeber auf die Bedrohung?**

UNTERSTELLER: Der Gesetzgeber hat erstmals Radonwerte für die Luft in Aufenthaltsräumen und an Arbeitsplätzen festgelegt. Danach müssen Arbeitgeber gewährleisten, dass bei Arbeitsräumen in Unter- und Erdgeschossen der Wert von 300 Becquerel pro Kubikmeter Luft eingehalten wird. Wird dieser Wert überschritten, muss der Arbeitgeber nach dem Bundesgesetz über Schutzmaßnahmen nachdenken.

**Gilt das auch für Bestandsgebäude?**

UNTERSTELLER: Ja. Und die zu ergreifenden Maßnahmen gehen von einfachen Maßnahmen wie vermehrtes Lüften bis hin zu technischen Lösungen.

**Und was tut das Land?**

UNTERSTELLER: Ich habe die Befürchtung, dass viele die Konsequenzen noch gar nicht absehen. Da kommt einiges auf die Wirtschaft zu. Meiner Ansicht nach kommt der Bund seiner Informationspflicht diesbezüglich allerdings auch zu wenig nach. Daher bereiten wir gerade eine groß angelegte Information

der Öffentlichkeit hierzu vor. Und wir als Land müssen nun auch die Belastungsgebiete entsprechend abgrenzen. Hierzu müssen wir noch weitere Messungen durchführen.

**Bislang wurde ja schon an rund 350 Messpunkten die Radonbelastung ermittelt. Lassen sich die Ergebnisse dieser Messungen irgendwo einsehen?**

UNTERSTELLER: Leider nein. Es gibt zwar eine Webseite des Bundesamtes für Strahlenschutz, da sind die Daten aber leider nicht abrufbar.

**Ist es aber richtig, dass bislang eine gemarkungsscharfe Abgrenzung nicht möglich ist?**

UNTERSTELLER: Bislang ist das nicht möglich. Nach den schon jetzt vorliegenden Resultaten ist der Schwarzwald ein betroffenes Gebiet, und ich vermute, dass wir noch viel mehr Gebiete als Belastungszonen ausweisen müssen. Ich muss aber auch anfügen, dass ich bisher gar nicht das Personal habe, um diese Aufgabe erledigen zu können. Meine Aufgabe wird es bei den nächsten Haushaltsberatungen sein, darauf zu drängen, dass ich für diese Pflichtaufgabe mehr Gelder zur Verfügung gestellt bekomme.

**Sind nur Arbeitsstätten von dem neuen Gesetz betroffen?**

UNTERSTELLER: Für Wohngebäude gilt das in der Tat nicht.

**Aber wenn Radon für Menschen bei der Arbeit gefährlich ist, dann ist es doch auch für diejenigen zumindest bedrohlich, die im Untergeschoss ihr Schlafzimmer haben.**

UNTERSTELLER: Da widerspreche ich nicht. Das ist eben auch ein Grund, weswegen wir die Informationsbroschüre aufgelegt haben. Es ist ein ernstes Thema.

**Wäre es denn nicht zielführender, wenn zur Vorsorge gegen eine übermäßige Radonbelastung Bauvorschriften entsprechend geändert würden?**

UNTERSTELLER: Das ist nach dem Strahlenschutzgesetz eindeutig Aufgabe des Bundes. Er wird für den Neubausektor entsprechende Vorgaben machen, um radonsicheres Bauen zu gewährleisten.

**Das Bundesgesetz sieht 300 Bequerel als Grenzwert vor, die WHO empfiehlt 100 Bequerel. Was hält der Landesumweltminister für richtig?**

UNTERSTELLER: Der Landesumweltminister hat im Bundesrat für die 300 votiert. Warum? Wir wollen in der Situation, in der das Ganze angefahren wird, Erfahrungen sammeln. Und ich sage ja nicht, dass es immer bei 300 Bequerel bleiben muss.

**Lässt sich ein zeitlicher Rahmen abstecken, bis wann die flächendeckende Kartierung der Belastungsgebiete erfolgen kann?**

UNTERSTELLER: Das Jahr 2019 werden wir in jedem Fall dafür brauchen. Ich gehe davon aus, dass wir auch das Jahr 2020 dafür benötigen.

**In St. Blasien wird das radonhaltige Wasser der Martinsquelle als Heilwasser nach ärztlicher Verordnung angeboten. Im rheinland-pfälzischen Bad Kreuznach sollen Rheumapatienten in einem alten Bergwerksstollen Radon inhalieren. So gefährlich kann Radon also doch nicht sein...**

UNTERSTELLER: Radon gilt einerseits als Heilmittel, andererseits ist es die zweithäufigste Ursache für Lungenkrebs.

**Radon ist nach Ihrer Schilderung etwas, das sehr viele Menschen betrifft, der Wolf hingegen ist ein Tier, das die wenigsten Menschen je in Deutschland in freier Wildbahn zu Gesicht kriegen. Auch im Schwarzwald ist der Wolf angekommen. Warum ist der Wolf ein so emotionsgeladenes Debattenthema?**

UNTERSTELLER: Gute Frage. Vermutlich hängt es mit Urängsten des Menschen zusammen. Jeder kennt das Märchen von Rotkäppchen und dem Wolf. Anders kann ich mir das nicht erklären. Es gibt Kollegen von Ihnen, die titeln »Wolf reißt Reh« – auch in einem grün regierten Baden-Württemberg wird der Wolf kein Veganer. Relevant ist das Thema für Weidetierhalter, und da habe ich großes Verständnis für deren Sorgen.

**Und wie weiter?**

UNTERSTELLER: Ich habe dieses Tier nicht gerufen. Und ich bräuchte es auch nicht in Baden-Württemberg. Aber wir leben in einem Rechtsstaat. Und damit bin ich dafür verantwortlich, dass europäisches und Bundesrecht angewandt wird. Danach steht der Wolf ganzjährig unter strengem Schutz. Und man muss auch sehen: Selbst wenn der Wolf ins Jagdrecht aufgenommen würde, wäre er immer noch 365 Tage im Jahr streng geschützt – so wie das Auerhuhn. Der Wolf ist nicht bejagbar.

**Außer in Ausnahmefällen, wenn ein Tier auffällig wird.**

UNTERSTELLER: Ausnahmegenehmigungen zum Abschuss gibt es nur, wenn ein Tier sich nachhaltig Menschen nähert oder beständig Schutzzäune überspringt, um Nutztiere zu reißen. Wir haben jetzt gemeinsam mit Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland beschlossen, eine professionelle Truppe von Jägern aufzustellen, die einerseits das Besendern von Wölfen übernehmen kann, andererseits aber auch im Problemfall eingreifen soll. Denn Jäger, die einen Wolf im Auftrag und legal schießen, sind erheblichen Anfeindungen ausgesetzt. Auch deshalb wollen wir jetzt Profis haben, die im Extremfall solche Aufgaben erledigen – anonym.

**Gehört denn der Wolf zu Baden-Württemberg?**

UNTERSTELLER: Der Wolf hatte früher hier seinen Lebensraum. Und wir müssen anerkennen, dass auch heute der Wolf hier leben kann. Aber ich habe nicht die Wahl: Selbst wenn ich sagen würde, der Wolf gehört nicht zu Baden-Württemberg, stehe ich in der Pflicht, Natur- und Artenschutzrecht zu vollziehen. Daher stellt sich die Frage für mich nicht.

**Gibt es den von Menschen verursachten Klimawandel tatsächlich?**

UNTERSTELLER: Der Klimawandel ist bei uns angekommen. Ich sehe mich in der Pflicht, dem auch bei uns in unserem Industrieland entgegenzuwirken.

### **Sehen Sie einen Hauptverursacher für den Klimawandel?**

UNTERSTELLER: Der Weltklimarat IPCC geht inzwischen davon aus, dass der Klimawandel mit 98- oder 99-prozentiger Sicherheit vom Menschen verursacht wird. Die Erhöhung der Weltdurchschnittstemperatur hängt demnach mit menschlichem Tun zusammen. Baden-Württemberg hat heute einen Anstieg der Jahresdurchschnittstemperatur von 1,3 Grad gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter. Das hört sich nicht schlimm an, aber es bedeutet, dass eine Stadt wie Karlsruhe heute eine Durchschnittstemperatur hat wie Lyon vor 70 Jahren.

### **Die Frage war: Wen sehen Sie als Hauptverursacher?**

UNTERSTELLER: Das ist relativ einfach. Treibhausgasemissionen sind im Wesentlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die Art, wie wir Energie erzeugen und wie wir Energie verbrauchen, das sind die Verursacher.

**Beim Thema CO<sub>2</sub> sind wir beim Diesel gelandet. Weil immer mehr Menschen von Diesel auf Benzin umsteigen, steigen die CO<sub>2</sub>-Emissionen, weil Benzinmotoren viel mehr CO<sub>2</sub> ausstoßen als Dieselmotoren.**

UNTERSTELLER: Das ist richtig. Aber der Benzin ist nicht die Antwort auf die klimapolitische Herausforderung. Wir brauchen in Zukunft eine grundlegend neue Mobilität. Dazu zählen die Elektromobilität, der Brennstoffzellenantrieb und synthetische Kraftstoffe. Es zählt aber auch dazu, dass wir insgesamt ein geändertes Mobilitätsverhalten erleben werden. Wir müssen da aber auch reagieren. Im Verkehrssektor sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen von 1990 bis 2016 allein in Baden-Württemberg um elf Prozent gestiegen. Laut dem Klimaschutzplan der Bundesregierung müssten diese Emissionen bundesweit bis 2030 um 40 Prozent runtergehen. Ich kann nicht erkennen, wie das mit Diesel- und Benzinfahrzeugen gehen soll.

Quelle: [Offenburger Tageblatt](#), Andreas Richter

#### **Link dieser Seite:**

<https://um.baden-wuerttemberg.de/de/presse-service/presse/interview/pid/umweltminister-untersteller-warnt-gefaehrliches-radon?print=1&cHash=3c87ba3db82da48896961e561dfd3ed7>